



FDP Kreisverband Düsseldorf – PF 320348 – 40418 Düsseldorf

Protokoll

des Ordentlichen Kreisparteitages
FDP Kreisverband Düsseldorf
20. Februar 2010, „Handwerkskammer Düsseldorf“,
Georg-Schulhoff-Platz 1, 40211 Düsseldorf
Beginn: 10.00 Uhr

Besuchsadresse:

Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Telefon: 0211/49 82 971
Telefax: 0211/49 83 182
e-Mail: fdp.kv.duesseldorf@freenet.de
website: www.fdp-duesseldorf.de

20. Februar 2010

Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
2. Ehrung von Mitgliedern
3. Wahl des Parteitagspräsidiums
4. Wahl der Schriftführer/-innen
5. Geschäftsbericht und politische Rechenschaftsberichte aus Europa, Bund, Land und Kommune
6. Aussprache zu 5.
7. Bericht des Schatzmeisters
8. Bericht der Kassenprüfer
9. Entlastung des Kreisvorstandes
10. Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission, sowie der Stimmeneinsammler und –auszähler
11. Wahl des Kreisvorstandes
 - a) Wahl der/s Kreisvorsitzenden
 - b) Wahl der zwei Stellvertreter/-innen
 - c) Wahl des/r Schatzmeisters/-in
 - d) Wahl des/r Schriftführers/-in
 - e) Wahl der vier Beisitzer/-innen
12. Wahl von zwei Rechnungsprüfern sowie zwei Stellvertretern
13. Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses
14. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bezirksparteitag
15. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag
16. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landeshauptausschuss
17. Anträge
18. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Vorsitzende Gisela Piltz begrüßt die Mitglieder, Gäste sowie die anwesenden Vertreter der Presse. Sie begrüßt im Besonderen den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf und Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Handwerkstages, Dr. Thomas Köster und den Fraktionsvorsitzenden der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion, Dr. Gerhard Papke MdL.

Der Kreisparteitag gedenkt der verstorbenen Mitglieder Klaus Waldemar Delbrück, Josef Odendahl, Michael Steinhoff, Klaus Potthoff, Otto Graf Lambsdorff, Dr. Werner Bock und Jürgen Siegel.

Die Einladung zum ordentlichen Kreisparteitag ist mit dem Schreiben vom 14. Januar 2010, in der vorgeschriebenen Frist von 21 Tagen an alle Mitglieder ergangen. Die Anträge wurden mit Schreiben vom 11. Februar 2010 mit dem Geschäftsbericht des Kreisverbandes, dem Politischen Rechenschaftsbericht 2009 von Gisela Piltz MdB und der Antragsübersicht der Anträge 1 – 11 fristgerecht an alle Mitglieder zum Versand gebracht. Die Stimmberechtigung der Anwesenden wurde überprüft. Der Parteitag ist ordnungsgemäß geladen und daher beschlussfähig. Es sind 92 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

Dr. Thomas Köster begrüßt die Anwesenden und heißt sie herzlich willkommen.

Gisela Piltz beglückwünscht den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Ulrich Lepper zu seinem neuen Amt und hofft auf gute Zusammenarbeit.

TOP 2 Ehrung von Mitgliedern

Gisela Piltz ehrt die Mitglieder Norbert Fuchs und Dr. Ulrich Peters für ihre 25jährige Mitgliedschaft in der FDP.

Für ihre 40jährige Mitgliedschaft werden geehrt: Günter Hoffmann und Michael Hampel, beide nicht anwesend.

Dr. Burkhard Hirsch ehrt Heinz Winterwerber und Manfred Kuske für ihre 50jährige Parteizugehörigkeit. Heinz Winterwerber ist aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend. Der Parteitag wünscht ihm gute Besserung. Die Ehrung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Klaus Burkhardt wird die goldene Ehrennadel der VLK verliehen. Die Ehrung übernimmt Jochen Dürrmann, Vorsitzender der VLK.

TOP 3 Wahl des Parteitagspräsidiums

Der Kreisvorstand schlägt folgende Personen vor:

- Dr. Burkhard Hirsch
- Kerstin Heinrichs
- Helmut von Richter

Das Präsidium wird einstimmig gewählt. Das Präsidium bedankt sich für das Vertrauen und übernimmt die Leitung des Parteitages.

Dr. Burkhard Hirsch schlägt vor die Anträge 7, 10 und 11 vorrangig zu behandeln.

TOP 4 Wahl der Schriftführer/-innen

Dem Kreisparteitag werden Margitha Rauchbach und Dina Simao-Voigt als Schriftführerinnen vorgeschlagen. Die Schriftführerinnen werden einstimmig gewählt und nehmen die Wahl an.

TOP 5 Geschäftsbericht und politische Rechenschaftsberichte aus Europa, Bund, Land und Kommune

Dr. Gerhard Papke dankt Dr. Thomas Köster für seine Rede. Er gratuliert der Partei zu den 3 Wahlerfolgen 2009. Die bevorstehende Landtagswahl am 9. Mai 2010 ist Mittelpunkt seiner Rede. Ausgeführt werden die Themen Steuer-, Bildungs- und Sicherheitspolitik und die Debatte um Leistungsgerechtigkeit. Auch betont er, dass gerade jetzt vor der Wahl Zusammenhalt innerhalb der Partei wichtiger denn je sei.

Gisela Piltz bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit Dr. Gerhard Papke. Ausdrücklich dankt sie dem Kreisvorstand, der Ratsfraktion, der Kreisgeschäftsstelle, den Orts- und Arbeitskreisvorsitzenden, den JuLis und der Lib´elle für die sehr gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Sie hebt die Aktionen der JuLis (Freiheitstour, Laufftreff etc.) hervor, durch die die Präsenz der FDP während der einzelnen Wahlen extrem hoch war und den Kreisverband gestärkt hat. Die prämierte Internetseite „liberal09“ wird weiter ausgebaut, um die „Eigenkommunikation“ zu verstärken. Durch erneuerte Kommunikationsstrukturen soll u.a. ein besseres Verständnis für Informationen und Beschlüsse aus Berlin ermöglicht werden. Sie bittet die Mitglieder um Beteiligung bei den Inhalten der „Liberalen Nachrichten“, die von Laura Görtz und Michael Dimitrov betreut werden.

Gisela Piltz äußert sich über die Verantwortung der schwarz-gelben Regierung. Die Ziele, die angemessen und abgestimmt kommuniziert werden sollen sind u.a. der Datenschutz, das Zugangserleichterungsgesetz, kein einheitliches Schulsystem, keine Körperscanner, weniger Kameraüberwachung und dafür mehr Polizeipräsenz. Ihr Motto für die Landtagswahl lautet „Wenn nicht wir, wer sonst“.

Alexander Alvaro dankt für die Unterstützung des Kreisverbandes im Europawahlkampf. Seine Themen sind die transatlantischen Verhandlungen zum Swift-Abkommen, das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und sein neuer Aufgabenbereich (u.a. Inneres und Justiz). Auch betont er, es liege eine große Verantwortung in der internationalen Zusammenarbeit (wie im Thema Asylrecht) und Europa muss mit einer Stimme sprechen, um geopolitisch erfolgreich zu sein.

Manfred Neuenhaus dankt Gisela Piltz für die gute Zusammenarbeit im Kreisverband. Er dankt auch allen Mitarbeitern, Mithelfern beim Wahlkampf und vor allem Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die Grundentscheidungen des Haushalts 2010 sind u.a. die Schuldenfreiheit für Düsseldorf zu bewahren und kommunale Steuern nicht zu erhöhen.

Es sei wichtig, der Linie treu zu bleiben, um so das Ziel von zehn Prozent bei der Landtagswahl zu erreichen. Es sollte sich dem Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle gegenüber solidarisch gezeigt werden.

Dr. Robert Orth bestärkt das Motto „Aufsteigerland NRW“ für die Landtagswahl am 9. Mai 2010. Er stellt einen Zehn-Punkte-Plan für Düsseldorf im nächsten Landtag in Aussicht, Inhalt u.a. eine neue Rheinbrücke zwischen Flughafen/Messe und Krefeld, das Beibehalten des Nachflugverbotes am Flughafen und des Benrather Bahnhof als Regionalbahnhof, das Wohnen im Hafen ermöglichen und einem Neubau der FH (Design, Mode).

TOP 6 Aussprache zu TOP 5

Stephan Porten kritisiert die fehlende Öffentlichkeit des Kreisverbands. Es sollte mehr diskutiert und basisdemokratisch gehandelt werden. Die Foren sollten mit mehr Engagement bearbeitet und hochkarätigere Diskussionen in den selbigen forciert werden. Er wird nicht mehr für den Kreisvorstand kandidieren.

Dr. Burkhard Hirsch begrenzt die Redezeit auf drei Minuten.

TOP 7 Bericht des Schatzmeisters

Schatzmeister Klaus Burkhardt gibt folgende Zahlen für 2009 bekannt:

Einnahmen	€ 181.624,00
Ausgaben	€ 229.940,00
Unterdeckung	€ -48.316,00

Der Vortrag von 2008 über € 68.351,00 deckt das Defizit ab. Mit einem Bestand von € 20.035,00 geht es in das Rechnungsjahr 2010.

Das Beitragsaufkommen hat sich um 20% erhöht. Die Ausgaben sind ohne die Wahlkampfkosten um etwa 5% geringer als im Vorjahr.

Die Wahlkampfkosten für die drei Wahlen belaufen sich insgesamt auf € 127.220,00, im Einzelnen:

Europawahl	€ 9.550,00
Kommunalwahl	€ 79.660,00
Bundestagswahl	€ 37.985,00

Eine weitere große Ausgabe ist die Abgabe an Bund und Land mit rund € 41.000,00 (22%). Der Rest von € 61.720,00 blieb für den allgemeinen Geschäftsbetrieb (Miete, Kommunikation, Personal, etc.).

Diese positive Entwicklung der Finanzlage seit 2005 hat sich fortgesetzt. Für das kommende Jahr rechnet Klaus Burkhardt wieder mit einem Überschuss von € 40.000,00, der dann mit den Rücklagen von 2009 für den bevorstehenden Landtagswahlkampf gebraucht wird.

TOP 8 Bericht der Kassenprüfer

Thomas Nicolin gibt den Bericht der Kassenprüfer ab. Am 2. Februar 2010 wurde in den Räumen der Geschäftsstelle die Buchhaltung des Kreisverbandes geprüft.

Die anfallenden Belege wurden laufend kontiert und monatlich über einen PC verbucht. Die Belege wurden in vier Ordnern gesammelt. Über die Verbuchungen wurden monatlich Journal-Listen und Kontenübersichten ausgedruckt. Die Kassenprüfer haben stichprobenartig anhand der Belege, Kontoauszüge und Mitgliederlisten die Verbuchungen sachlich und formal geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

TOP 9 Entlastung des Kreisvorstandes

Thomas Nicolin beantragt die Entlastung des Schatzmeisters und des Kreisvorstandes. Er bedankt sich bei Klaus Burkhardt für seine Arbeit als Schatzmeister.

Der Kreisvorstand wird einstimmig bei Enthaltung der Betroffenen entlastet.

Gisela Piltz bedankt sich bei Manfred Neuenhaus und Stephan Porten für ihre Arbeit im Kreisvorstand. Beide werden bei der Wahl des Kreisvorstandes nicht wieder kandidieren.

Dr. Burkhard Hirsch dankt Gisela Piltz für ihre hervorragende Arbeit.

TOP 10 Wahl des Vorsitzenden der Zählkommission, sowie der Stimmeneinsammler und – auszähler

Auf Vorschlag des Kreisvorstandes wird Bodo Schadrack einstimmig bei eigener Enthaltung zum Vorsitzenden der Zählkommission gewählt und nimmt die Wahl an.

Die Ortsvorsitzenden sowie die JuLis benennen jeweils eine Person aus ihren Reihen:

- JuLis: Philip Grawe
- OV 1: Johanna Spielberg
- OV 2: Sascha Radau
- OV 3: Gregor Haiduk
- OV 4: -
- OV 5: Dr. Matthias Röhl
- OV 6: Christian Fischer
- OV 7: Silke Ditgen
- OV 8: Rosalia Suciú-Sibianu
- OV 9: Sascha Henrich

Die benannten Personen werden einstimmig gewählt.

TOP 11 Wahl des Kreisvorstandes

a) Wahl der/s Kreisvorsitzenden

Manfred Neuenhaus schlägt Gisela Piltz zur neuen Kreisvorsitzenden vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge. Sie ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Dr. Burkhard Hirsch bittet darum, auf Stimmzettel 1 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	92
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	92
Absolute Mehrheit	47
Enthaltungen	0
Nein-Stimmen	2
Ja-Stimmen	90

Damit ist Gisela Piltz mit absoluter Mehrheit gewählt.

Sie nimmt die Wahl an und bedankt sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

b) Wahl der zwei Stellvertreter/-innen

Gisela Piltz schlägt Dr. Robert Orth als ersten Stellvertreter vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Er ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Dr. Burkhard Hirsch bittet darum, auf Stimmzettel 2 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	91
Ungültige Stimmen	2
Gültige Stimmen	89
Absolute Mehrheit	46
Enthaltungen	5
Nein-Stimmen	12
Ja-Stimmen	72

Dr. Robert Orth ist somit mit absoluter Mehrheit gewählt. Er bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

Gisela Piltz schlägt Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann als zweite Stellvertreterin vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist nicht anwesend, ist aber bereit zu kandidieren. Dr. Burkhard Hirsch bittet darum, auf Stimmzettel 3 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	91
Ungültige Stimmen	2
Gültige Stimmen	89
Absolute Mehrheit	46
Enthaltungen	6
Nein-Stimmen	11
Ja-Stimmen	72

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist mit absoluter Mehrheit gewählt. Dr. Burkhard Hirsch nimmt in ihrem Namen die Wahl an.

c) Wahl des/r Schatzmeisters/-in

Gisela Piltz schlägt Klaus Burkhardt für die Wahl zum Schatzmeister vor.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen. Er ist bereit zu kandidieren. Es wird keine Vorstellung des Kandidaten gewünscht. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 4 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	72
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	72
Absolute Mehrheit	37
Enthaltungen	1
Nein-Stimmen	5
Ja-Stimmen	66

Klaus Burkhardt hat die absolute Mehrheit erreicht. Er bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

d) Wahl des/r Schriftführers/-in

Klaus Burkhard schlägt Gerhild Kocks für das Amt der Schriftführerin vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge vorgebracht. Es wird keine Vorstellung gewünscht. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 5 die Wahl vorzunehmen.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	
Abgegebene Stimmen	86
Ungültige Stimmen	1
Gültige Stimmen	85
Absolute Mehrheit	44
Enthaltungen	4
Nein-Stimmen	11
Ja-Stimmen	70

Gerhild Kocks ist mit absoluter Mehrheit der Stimmen gewählt. Sie bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

e) Wahl der vier Beisitzer/-innen

Helmut von Richter schlägt vor, die Kandidaten in Einzelwahlgängen zu wählen.

Dr. Robert Orth schlägt Laura Görtz als 1. Beisitzerin vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Laura Görtz stellt sich zur Wahl und stellt sich vor. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 6 die Wahl vorzunehmen.

Dr. Robert Orth schlägt Stefan Rosenthal als 2. Beisitzer vor. Helmut Bärsch schlägt Marco Biewald als 2. Beisitzer vor. Beide stellen sich zur Wahl. Marco Biewald zieht seine Kandidatur zurück. Stefan Rosenthal stellt sich vor. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 7 die Wahl vorzunehmen.

Gisela Piltz schlägt Michael Dimitrov als 3. Beisitzer vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Michael Dimitrov stellt sich zur Wahl und stellt sich vor. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 8 die Wahl vorzunehmen.

Gerhild Kocks schlägt Rainer Matheisen als 4. Beisitzer vor. Helmut Bärsch schlägt Marco Biewald als 4. Beisitzer vor. Beide stellen sich zur Wahl. Beide stellen sich vor. Helmut von Richter bittet darum, auf Stimmzettel 9 die Wahl vorzunehmen.

Alle Wahlgänge wurden ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen.

Ergebnis	Laura Görtz	Stefan Rosenthal	Michael Dimitrov	Rainer Matheisen	Marco Biewald
Abgegebene Stimmen	90	90	92	92	
Ungültige Stimmen	2	3	0	0	0
Gültige Stimmen	88	87	92	92	92
Absolute Mehrheit	45	45	47	47	47
Enthaltungen	0	7	0	1	0
Nein-Stimmen	19	14	12	1	0
Ja-Stimmen	69	66	80	35	55

Damit sind Laura Görtz, Stefan Rosenthal, Michael Dimitrov und Marco Biewald mit absoluter Mehrheit gewählt.

Sie nehmen die Wahl an und bedanken sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

TOP 12 Wahl von zwei Rechnungsprüfern sowie zwei Stellvertretern

Der Kreisvorstand schlägt die Wiederwahl der beiden Rechnungsprüfer Thomas Nicolin und Dr. Michael Bergmann vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Es werden keine Stellvertreter genannt. Es findet eine offene Wahl statt.

Bei Enthaltung der Betroffenen werden beide Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt und nehmen die Wahl an.

TOP 13 Wahl der Mitglieder des Kreishauptausschusses

Auf den vorbereiteten weißen Stimmzetteln werden gemäß den Angaben des Präsidiums die Namen der Mitglieder des neuen Vorstandes (Gisela Piltz, Dr. Robert Orth, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Klaus Burkhardt, Gerhild Kocks, Laura Görtz, Stefan Rosenthal, Michael Dimitrov, Marco Biewald) gestrichen. Die Stimmzettel werden auf Veränderungen überprüft. Dr. Michael Bergmann wird zusätzlich vorgeschlagen und aufgenommen. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es können bis zu 42 Stimmen vergeben werden und ein JuLi-Mitglied wird benannt.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Die Auszählung erfolgt vor Ort. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 14 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bezirksparteitag

Helmut von Richter verweist auf den vorbereiteten blauen Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Änderungen überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Es können bis zu 66 Stimmen vergeben werden.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Die Auszählung erfolgt vor Ort. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 15 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

Helmut von Richter verweist auf den vorbereiteten gelben Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Änderungen überprüft. Alle Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine zusätzlichen Vorschläge. Es können bis zu 32 Stimmen vergeben werden.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Die Auszählung erfolgt vor Ort. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 16 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landeshauptausschuss

Helmut von Richter verweist auf den vorbereiteten grünen Stimmzettel. Die Stimmzettel werden auf Änderungen überprüft. Dr. Robert Orth und Gisela Piltz werden nicht kandidieren. Alle anderen Kandidaten erklären sich mit der Kandidatur einverstanden. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Bis zu sechs Stimmen können vergeben werden.

Der Wahlgang wird ordnungsgemäß eröffnet und geschlossen. Die Auszählung erfolgt vor Ort. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

TOP 17 Anträge

Es wurden 11 Anträge fristgerecht eingereicht.

- **Antrag 1** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Ortsverband 07

Vertrauliche Bürgerkommunikation in der Stadtverwaltung

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Fraktion im Landtag wird gebeten, sich für die Wiedereinführung der Stichwahl zum Oberbürgermeister einzusetzen.

Begründung:

Das Wegfallen der Stichwahl hat der FDP keine Vorteile gebracht. Insbesondere in Gebieten, in denen die FDP stark ist, können bei der Wiedereinführung der Stichwahl Chancen entstehen, die wir nutzen sollten.

Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 2** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Arbeitskreis Freiheit & Sicherheit

Elektronischer Entgeltnachweis (ELENA-Verfahren)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Der Kreisverband Düsseldorf fordert die FDP auf Bundes- und Landesebene auf, Initiativen zur Abschaffung des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) zu ergreifen und die Löschung aller bisher gespeicherten Daten zu veranlassen.
2. Wir bitten die Landtagfraktion, den baden württembergischen Entschließungsantrag an den Bundesrat zu unterstützen und ein einheitliches Vorgehen für weitere Initiativen im Bundesrat abzustimmen, mit dem Ziel, ELENA abzuschaffen.
3. Stattdessen sind die unübersichtlichen Meldeverfahren für die Beantragung von Sozialleistungen zu vereinfachen (z.B. Arbeitsbescheinigung gem. § 312 SGB III, Nebeneinkommensbescheinigungen gem. 313 SGB II, Verdienstbescheinigung zum Antrag auf Wohngeld gem. § 23 WoGG oder Bescheinigungen bei Antrag auf Entgeltersatzleistungen wie Krankengeld, Kurzarbeitergeld oder Insolvenzgeld), z.B. durch folgende Maßnahmen:
 - a. Arbeitgeber melden die notwendigen Daten im Einzelfall direkt an die Behörden.
 - b. Die absolute Zahl von Datenmerkmalen, die für die Beantragung von Sozialleistungen erforderlich ist, wird auf wenige Angaben reduziert.

Begründung:

Der Elektronische Entgeltnachweis (ELENA-Verfahren) stellt eine Vorratsdatenspeicherung dar, die mit liberalen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Von Millionen Bürgern wird zwangsweise eine Vielzahl von persönlichen Daten zentral gespeichert, ohne dass dies für die Erfüllung staatlicher Aufgaben notwendig ist oder ein anderer Verwendungszweck vorliegt. Die Nachteile stehen in keinem Verhältnis zu den erwarteten Vorteilen; der Eintritt der vermuteten Vorteile ist zudem noch gar nicht bewiesen.

Das Ziel des ELENA-Verfahrensgesetz vom 28. März 2009 war es, Anträge auf Sozialleistungen elektronisch abzuwickeln und so das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Maximal fallen jedoch nur der Meldevorgang und der Ausdruck der Entgeltbescheinigung bei der Beantragung einer Sozialleistung weg. Stattdessen erzeugt das Meldesystem Realitäten, die gegen die Prinzipien einer freien Gesellschaft gerichtet sind und die wir ablehnen:

1. Es werden ausnahmslos Daten von jedem Beschäftigten auf Vorrat gespeichert, unabhängig davon, ob dieser jemals einen Antrag von Sozialleistungen stellen wird noch welche Sozialleistung er einmal beantragen wird. Es fehlt an einem konkreten Verwendungszweck. Erst die Kontaktdaten, dann die Verbindungsdaten und jetzt die Arbeitnehmerdaten!
2. Die Speicherung von Daten auf Vorrat für alle denkbaren Fälle von Sozialleistungsanträge führt dazu, dass Massen von Informationen eines Beschäftigten zentral gespeichert werden, zu denen Angaben wie Gehalt und Gehaltsbestandteile, Fehlzeiten, die Wochenarbeitszeit Streiktage, Anzahl unbezahlter Urlaubstage oder bei Kündigung Hintergründe der Kündigung zählen. Es entsteht eine gigantische Datenbank mit umfassenden Angaben zu allen Beschäftigten Deutschlands. Der angestrebte Nutzen besteht jedoch lediglich darin, dass Entgeltbescheinigungen nicht mehr extra erstellt werden müssen. Neu erzeugt werden aber bisher nicht gekannte Missbrauchsrisiken, z.B. dass diese Daten für Persönlichkeitsanalysen oder Werbezwecke missbraucht werden können.
3. Nicht berücksichtigt ist bei den theoretisch berechneten Vorteilen ein unkalkulierbarer Zusatzaufwand, für die Steuerzahler. Dieser ist zur Finanzierung und vor allem Absicherung dieses Systems notwendig. Die Kosten werden bereits jetzt auf 11 Mio Euro für den Betrieb geschätzt. Angesichts der wirtschaftlichen Verwertbarkeit einer einzigen nationalen Datenbank mit einer Fülle von Informationen eines jeden Beschäftigten sind besonders hohe Sicherheitsanforderungen unerlässlich.
4. Darüber hinaus müssen jetzt in den Unternehmen von allen Beschäftigten Daten erzeugt werden, die vorher gar nicht vorhanden und gespeichert werden; dieser Mehraufwand ist in der offiziell nur geschätzten Kosteneinsparungen gar nicht berücksichtigt. Die Einsparschätzung geht außerdem von der Berechnung aus, dass 60 Mio. jährliche Bescheinigungen im Jahr von 2,8 Mio. Arbeitgebern eine bestimmte Summe Personalkosten verursachen. Praktisch erledigen die Mitarbeiter in Unternehmen aber solche Meldungen vielfach nebenbei, ohne dass dies bisher besonders vergütet wurde oder jetzt Personalkosten freisetzt. Der Nationale Normenkontrollrat hat gemäß seinem Gutachten seine Berechnung z.B. auf einem Gutachten aus einer Befragung von 42 Unternehmen aufgebaut oder der Zeitbemessung für die Erstellung von Bescheinigungen in 14 Unternehmen. <http://www.das-elena-verfahren.de/literatur/gutachten-des->

normenkontrollrates-zum-elena-verfahren/gutachten-des-normenkontrollrates-zum-elena-verfahren/at_download/file.

Statt ein kompliziertes Melde- und Antragsverfahren übertragungstechnisch vereinfachen zu wollen, ist die Beantragung von Sozialleistungen zu vereinfachen. Die angabepflichtigen Daten für die Verfahren sind zu reduzieren, es ist darüber hinaus zu prüfen, zu welchen Zwecken solche Meldungen benötigt werden müssen und zu reduzieren.

Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 3** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Arbeitskreis Freiheit und Sicherheit

Körperscanner (Nacktscanner)

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Der Kreisverband Düsseldorf fordert die FDP Bundestagsfraktion auf, Körperscanner (Nacktscanner) unter den gegenwärtigen technischen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten abzulehnen. U.a. muss nachgewiesen sein, dass Bilder nicht gespeichert werden und keine Gesundheitsgefahren bestehen.
2. Wir fordern eine grundlegende andere Strategie in der Terrorismusbekämpfung weg von der technischen Aufrüstung hin zu einer effektiveren Nutzung bestehender und vorhandener Schutzmöglichkeiten. Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:
 - a. Sicherheitskontrollen an Flughäfen werden ausschließlich durch fachlich ausgebildetes und qualifiziertes Personal ausgeführt.
 - b. Vorhandenen Daten über terrorverdächtige Personen und geheimdienstliche Erkenntnisse sind strukturiert auszuwerten. Es werden keine weiteren Daten und Informationen erfasst, wenn deren vollständige Auswertung nicht gewährleistet ist.

Begründung:

Mit jedem Sicherheitsvorfall an Flughäfen und im Flugverkehr werden die Sicherheitsmaßnahmen aufgerüstet. Wie das gescheiterte Attentat beim Landeanflug auf Detroit im Dezember oder die Panne beim Sicherheitscheck in München im Januar zeigen, liegt das Problem nicht in zu wenigen Sicherheitsmaßnahmen, sondern in der fehlenden Effektivität der bestehenden Maßnahmen.

Mit jedem Vorfall werden Sicherheitsmaßnahmen erhöht und ausgebaut. Diese Reaktion ist jedoch doppelt gefährlich: Zum einem wird die Freiheit weiter eingeschränkt, zum anderen aber die Sicherheit nicht erhöht. Die momentane Sicherheitsdebatte bedient Emotionen und ist sicherheitstechnisch hoch gefährlich, weil sie nicht den tatsächlichen Sicherheitsgewinn im Auge hat. Sicherheit ist nie so hoch wie das beste Mittel in der Sicherheitsarchitektur, sondern immer nur so hoch wie das schwächste Glied in der Kette. Deshalb ist eine grundlegende andere Sicherheitsbetrachtung erforderlich.

Wir wehren uns gegen die Aufgabe von Freiheit für scheinbare Sicherheit. Es fehlt an einer Evaluation der bestehenden Maßnahmen. Es fehlt an einem Gesamtkonzept.

Auch Nacktscanner lösen nicht die Sicherheitsprobleme, schaffen aber Einblicke, die bisher verborgen sind. Wer Nacktscanner an Flughäfen fordert ohne gleichzeitig auf Risiken wie Verkauf von Flüssigkeiten oder Einsatz von Restaurantbesteck hinter dem Sicherheitsbereich zu diskutieren, gefährdet die Sicherheit durch inkompetente Betrachtung. Wir lehnen deshalb jede Diskussion um Körperscanner in dieser Phase ab und fordern ein Gesamtkonzept, verbunden mit einer stärkeren Ursachenforschung.

Zu beachten ist auch, dass Sicherheitsexperten äußern, dass die bisher bekannt gewordenen Sicherheitsvorfälle auch nicht durch jetzige Körperscanner hätten aufgedeckt werden können.

Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 4** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Oliver Zengoski, Dr. med. Stefan Schönberger für den Ortsverband 01

Definition und Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Sportwegenetzes

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Ratsfraktion wird gebeten, folgenden Antrag in den Rat der Stadt Düsseldorf einzubringen:

Die FDP-Ratsfraktion fordert die Definition und Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Sportwegenetzes. Dabei sollen vorhandene Wege gesichtet und für Wanderer, Nordic Walker, Jogger, Inline-Skater und Rollstuhlfahrer geeignete Sportwege definiert werden. Bei der Definition dieses gesamtstädtischen Sportwegenetzes sind die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger insbesondere über Lauf- und Sportvereine einzubinden.

Die so definierten Sportwege sollen durch unterschiedlich farbige Laufwegmarkierungen und Kilometersteine markiert werden. Ferner soll eine Benennung der Sportwege nach prominenten Düsseldorfer Sportlern erfolgen. Start- und Endpunkte der einzelnen Sportwege sind mit Hinweistafeln auszustatten, die Informationen zu z.B. Streckenverlauf bzw. -distanz, der Geschichte der Umgebung und zum Namensgeber beinhalten. Die Sportwege sind an zentralen besonders gekennzeichneten Treffpunkten zu verknüpfen. Eine Ausstattung dieser zentralen Treffpunkte mit allwettertauglichen Sportgeräten, die von allen Generationen genutzt werden können, ist wünschenswert. Bei der Unterhaltung des gesamtstädtischen Sportwegenetzes ist auf eine regelmäßige Reinigung, inkl. Winterdienst, zu achten.

Sowohl bei der Unterhaltung als auch bei der Ausarbeitung des Sportwegenetzes ist die Möglichkeit eines Sponsorings durch Privatpersonen wie auch durch Unternehmen zu prüfen. Informationen zum Sportwegenetz sind über Online- und Printmedien den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Kernziel liberaler Gesundheitspolitik ist es, den einzelnen Bürger dabei zu unterstützen, die eigene Gesundheit zu erhalten oder zurück zu gewinnen bzw. sein Wohlbefinden zu steigern. Daher unterstützt die FDP Düsseldorf neben dem Spitzensport sowohl den Breitensport auf Vereinsebene als auch die individuelle vereinslose sportliche Betätigung. Die regelmäßige sportliche Betätigung schützt nachweislich die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger vor lebensbedrohlichen Erkrankungen wie etwa koronarer Herzkrankheit oder Bluthochdruck.

Die Definition und Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Düsseldorfer Laufwegenetzes hat vielseitige Vorteile:

- Steigerung der Motivation zu sportlicher Betätigung
- Knüpfung neuer sozialer Kontakte unter sportlich Interessierten
- Förderung des Zusammentreffens mehrerer Generationen
- Möglichkeit zur Veranstaltung gesamtstädtischer Sportveranstaltungen und Aktionstage
- Identifizierung mit der (Sport-)Stadt Düsseldorf
- Stärkung des Standorts Düsseldorfs als Sportstadt Düsseldorf

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag wird auf den Kreishauptausschuss überwiesen.

- **Antrag 5** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Dr. med. Stefan Schönberger für das Forum Gesundheitspolitik

Installierung von Trinkwasserspendern in Düsseldorfer Grundschulen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP-Ratsfraktion wird gebeten, folgenden Antrag in den Rat der Stadt Düsseldorf einzubringen:

Die FDP-Ratsfraktion fordert die Installation von Trinkwasserspendern sowie die Instandsetzung vorhandener Trinkwasserbrunnen an allen Düsseldorfer Grundschulen. Dieses Vorhaben soll in den Masterplan „Schulen“ aufgenommen werden.

Dabei sind die Düsseldorfer Schülerinnen und Schüler in die Ausgestaltung der Trinkwasserspender einzubinden und mit einem eigenen auffüllbaren Plastikwasserbehälter zu versorgen. Die so ausgestatteten Schulen sollen begleitende Unterrichtseinheiten anbieten, die eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr thematisieren und das Bewusstsein für Wasser stärken. Um eine kostenneutrale Realisierung der Aufstellung zu gewährleisten, erscheint eine Zusammenarbeit mit Sponsoren und Unternehmen sinnvoll.

Begründung:

Den ganzen Vormittag nichts oder nur wenig trinken - keine Ausnahme für fast ein Viertel der Schülerinnen und Schüler wie eine Untersuchung zu deren Trinkverhalten ergab (Heseker, Universität Paderborn, 2002). Dabei haben Kinder im Vergleich zu Erwachsenen einen deutlich höheren Wasserbedarf. Zudem führt eine unzureichende Flüssigkeitszufuhr zu Einschränkungen der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit. Viele der in der Umgebung von Schulen angebotenen Getränke sind jedoch als Durstlöscher ungeeignet und fördern aufgrund ihres starken Zuckergehaltes das Auftreten von Übergewicht. Nach einer aktuellen und international anerkannten Studie des Forschungsinstitutes für Kinderernährung Dortmund (FKE) hat sich das Aufstellen von Wasserspendern positiv auf das Trinkverhalten und die Entstehung von Übergewicht bei Schülerinnen und Schüler ausgewirkt (Promotion and Provision of Drinking Water in Schools for Overweight Prevention: Randomized, Controlled Cluster Trial, Muckelbauer et al., Pediatrics 2009).

Die Aufstellung von Trinkwasserspendern an Düsseldorfer Schulen hat viele Vorteile:

- jederzeit ist gesundes Tafelwasser für alle Schülerinnen und Schüler verfügbar
- mikrobiologische Sicherheit ist gewährleistet
- das Trinken wird durch die Möglichkeit zur Selbstbedienung gefördert
- die Kosten für Aufstellung und Unterhaltung sind vertretbar

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Der Antrag wird auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

- **Antrag 6** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Forum Gesundheitspolitik

NRW-Qualitätsbericht zur Krankenhaushygiene

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Der Kreisverband Düsseldorf fordert das Landeswahlprogramm 2010 um folgenden Punkt zu ergänzen:

Krankenhaus-Infektionen zählen zu den großen Herausforderungen des Gesundheitswesens. Im Rahmen eines jährlichen Berichts zur Krankenhaushygiene soll der Stand der Krankenhaushygiene und der Neuerkrankungen ebenso in vergleichbarer Weise transparent gemacht werden, wie die Maßnahmen und Aufwendungen der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Die FDP unterstützt weiterhin den Aufbau von Hygiene- und insbesondere MRSA-Netzwerken unter Federführung der Gesundheitsämter.

2. Der Kreisverband Düsseldorf fordert die FDP auf Bundesebene auf, darauf hinzuwirken, dass die Qualität der Krankenhaushygiene im Rahmen des von den Krankenhäusern nach § 137 SGB V vorzulegenden strukturierten Qualitätsberichts mehr Gewicht eingeräumt wird.

Begründung :

Experten gehen von rund einer halben Million Krankenhaus-Infektionen in Deutschland mit rund 12.000 Todesfällen aus. MRSA (Multi-resistenter Staphylococcus aureus) ist dabei eine besonders gefährliche Infektion.

Die Bekämpfung von MRSA ist durch das Robert-Koch-Institut im Detail beschrieben. Dennoch sind die Infektionsraten in Deutschland immer noch um ein Vielfaches höher als z.B. in den Niederlanden, die ein konsequentes MRSA-Screening vor der Aufnahme in ein Krankenhaus durchführen. Die Keimproblematik nimmt offenbar auch in Altenpflegeeinrichtungen zu. Hauptgrund für die Übertragung von Keimen sind fehlende oder unzureichende Flächendesinfektion und die Übertragung von Keimen durch Pflegepersonal.

Die FDP setzt sich für mehr Transparenz in diesem wichtigen Punkt ein. In einem jährlichen Krankenhaushygienebericht soll über die Hygienesituation in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen berichtet werden. Hierbei sollen der Erkrankungsstand aber auch die personellen und finanziellen Aufwendungen der Einrichtungen transparent und vergleichbar dargestellt werden.

Hygiene ist ein essentielles Qualitätsmerkmal einer Pflegeeinrichtung. Dennoch findet dieser Punkt im strukturierten Qualitätsbericht nach § 137 SGB V nur einen untergeordneten Raum. Dies muss geändert werden.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

- **Antrag 7** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Arbeitskreis Wirtschaft, Verkehr, Steuern und Finanzen –
Dr. Gerhard Hansen

Demografischer Wandel – Chance für Bildung nutzen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der FDP-Kreisverband Düsseldorf begreift den demografischen Wandel als Chance für die Bildung unserer Kinder. Der zu erwartende Rückgang der Schülerzahlen soll nicht Anlass zur Kürzung der Bildungsausgaben sein. Die bestehenden Infrastrukturen und der Personalstand sollen grundsätzlich aufrechterhalten bleiben und so insbesondere zur Bildung kleinerer Schulklassen genutzt werden.

Der FDP-Kreisverband Düsseldorf wird auf dem nächsten Landesparteitag einen Änderungsantrag zum **Programm der FDP zur Landtagswahl** folgenden Inhalts einbringen:

Im Kapitel „Aufstieg durch Bildung“ wird der Abschnitt „Schule“ wie folgt geändert:

„Schule“

In der Schulpolitik hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition in den letzten fünf Jahren eine Trendwende erreicht. Wir sind unserem Ziel näher gekommen, in Nordrhein-Westfalen die besten Schulen Deutschlands zu haben:

Wir haben seit 2005 insgesamt **8.124 zusätzliche Lehrerstellen** geschaffen, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen, individuelle Förderung zu ermöglichen und um hochwertige Ganztagsangebote zu schaffen. Damit hat die FDP ihr Wahlversprechen von 8.000 neuen Lehrerstellen übertroffen. Nach den Plänen von Rot-Grün aus dem Jahr 2004 würden heute dagegen etwa 16.000 Lehrer weniger unterrichten. Die deutlich gesunkenen Zahlen von Unterrichtsausfall, Klassenwiederholen und Schulabgängern ohne Abschluss zeigen, dass unsere Bemühungen erfolgreich waren.

~~gestrichen: Den **demographischen Wandel**, der im neuen Jahrzehnt voraussichtlich zu einem Rückgang der Schülerzahlen von über 15 Prozent führt, werden wir insbesondere für kontinuierlich **kleinere Klassen**, die weitere **Minimierung des Unterrichtsausfalls** und den Ganztagsausbau nutzen.~~

eingefügt: Trotz des **demographischen Wandels**, der im neuen Jahrzehnt voraussichtlich zu einem Rückgang der Schülerzahlen von über 15 Prozent führt, werden wir die **Bildungsausgaben nicht kürzen**. Stattdessen werden wir die bestehenden Infrastrukturen und den Personalstand grundsätzlich aufrechterhalten und so insbesondere kontinuierlich **kleinere Klassen** ermöglichen sowie die weitere **Minimierung des Unterrichtsausfalls** und den Ganztagsausbau fördern.

In der letzten Wahlperiode haben wir das Schüler-Lehrer-Verhältnis von etwa 19 Schülern pro Lehrer im Jahr 2005 auf 17 Schüler pro Lehrer reduziert. Bis 2015 streben wir eine deutliche weitere Reduzierung an. Wir wollen dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass langfristig keine Klasse mehr eingerichtet wird, die mehr als 25 Schüler hat.“

Rest unverändert.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Der Antrag ist mit mehr Nein-Stimmen beschieden und ist abgelehnt.

- **Antrag 8** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Arbeitskreis Wirtschaft, Verkehr, Steuern und Finanzen –
Dr. Gerhard Hansen

KFZ-Steuer abschaffen: Ja – PKW-Maut: Nein

Der FDP-Kreisverband Düsseldorf lehnt eine PKW-Maut und überflüssige Investitionen in Überwachungsinfrastrukturen ab. Die Abschaffung der nicht verursachungsgerechten KFZ-Steuer wird befürwortet. Steuerausfälle sollen soweit erforderlich über eine Anpassung der von Kilometerleistung, Fahrzeuggewicht und CO₂ - Ausstoß abhängigen Öko- bzw. Mineralölsteuer kompensiert werden.

Begründung:

Steuern sind höher als Kosten

KFZ- und Mineralölsteuer sowie LKW-Maut übersteigen bei weitem die Kosten der Straßeninfrastruktur. Dies wird durch eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erneut belegt. Demnach betragen die Kosten durch den gesamten Verkehr im Straßennetz etwa 32 Milliarden Euro gegenüber ca. 47 Milliarden Euro Einnahmen aus Maut und Steuern. Die proportionale Belastung der PKW-Fahrer ist besonders hoch. Sie ist über doppelt so hoch wie die zurechenbaren Kosten.

KFZ-Steuer ist ungerecht

Die KFZ-Steuer berücksichtigt bei Neuwagen zwar den standardisierten CO₂ – Ausstoß. Der tatsächliche Ausstoß ist aber wesentlich abhängig von der Fahrleistung und bleibt damit unberücksichtigt. Außerdem wird z.B. die Anschaffung eines kleinen Zweitwagens für den Nahverkehr personalisiert.

Reduzierte Kosten durch reine Mineralölsteuer

Die Öko- bzw. Mineralölsteuer ist direkt abhängig von Kilometerleistung, Fahrzeuggewicht und CO₂ – Ausstoß. Die parallele Erhebung einer KFZ-Steuer ist unnötig und führt zu zusätzlichen Kosten. Vollkommen unwirtschaftlich wäre die Investition in ein neues Erfassungssystem für PKW-Maut, da dieses zwar zur Erstellung von Bewegungsprofilen genutzt werden kann, aber die zurechenbaren Kosten nicht besser erfasst als die Mineralölsteuer. Im Gegenteil wird z.B. der individuelle Fahrstil überhaupt nicht berücksichtigt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag wird auf den Kreishauptausschuss überwiesen.

- **Antrag 9** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Dr. Bernhard Piltz

Slogan zur Landtagswahl „Aufstieg sichern ...“

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Slogan zur Landtagswahl „Aufstieg sichern ...“ sollte geändert werden in **„mehr Tempo für den Aufstieg ...“**

Begründung:

Es geht nicht um Bergsteigen. Wir wollen – wie schon früher – endlich mehr Tempo.

Der Antrag wird zurückgezogen.

- **Antrag 10** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Ortsverband 04

Programmwurf zur Landtagswahl

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisparteitag der FDP Düsseldorf befürwortet die folgende Ergänzung des Programmwurfes zur Landtagswahl bezüglich der Durchlässigkeit der Schulformen und bittet die Programmkommission um folgende Einfügung auf Seite 7 in Zeile 22:

„Bei der Versetzungsentscheidung für die weiterführende Schulform ist den Eltern ein Mitspracherecht zu gewähren.“

Begründung:

Erfolgt mündlich durch Monika Lehmhaus

Der Antrag ist zurückgezogen.

- **Antrag 11** Antrag zum ordentlichen Kreisparteitag am 20. Februar 2010
Antragsteller: Vorstand des Kreisverbandes Düsseldorf

Änderungsantrag zum Entwurf Landtagswahlprogramm FDP NRW 2010 - Abschnitt SCHULE

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisverband Düsseldorf fordert den Landesverband auf, folgende Änderungen im Entwurf des Landtagswahlprogramms der FDP NRW 2010 zu übernehmen:

1. Der Satz auf Seite 8, Zeile 44 bis Zeile 47:

"Die FDP will neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen."

ist folgendermaßen zu erweitern:

„Die FDP will neben Haupt-, Real-, Gesamtschulen sowie Gymnasien neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen."

2. Dem Satz auf Seite 9 im oberen Absatz, Zeile 5 bis Zeile 9:

„Wir werden die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden zu diesem Zweck konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiter entwickeln, beispielsweise indem auf den besonderen Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung verzichtet wird."

ist folgender Satz nach dem Punkt anzuschließen:

Soweit es dem Elternwillen vor Ort entspricht verschließen wir uns nicht Erweiterungen und Neugründungen in allen Schulformen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Dem Antrag wird zugestimmt und auf dem Landesparteitag eingereicht.

TOP 18 Verschiedenes

Ein Hinweis zum Laufftreff der JuLis am 7. März 2010, Treffpunkt auf dem Schlossplatz. Dieser und weitere Termine werden in den Liberalen Nachrichten vermerkt.

Gisela Piltz dankt den Mitgliedern, dem Präsidium, der Zählkommission, den Stimmeinsammlern und -auszählern und den Mitarbeitern für den sehr guten Tagungsverlauf und schließt den Parteitag.

Ende des Parteitages 15:15 Uhr